

Arbeiter*innen und Unterdrückte aller Länder, vereinigt euch!



Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei / Türkei & Kurdistan



INTERNATIONALES BULLETIN

Dezember 2025 Nr. 268

www.mlkp-info.org | mail@mlkp-info.org



Interview mit Armanc Şores von der MLKP Kurdistan-Organisation

Das neue kurdische Presseportal *Kurdistana Azad* führte ein ausführliches Interview mit Armanç Şores, Vertreter der Kurdistan-Organisation der MLKP, zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Kurdistan und der Region. Şores sprach

über den laufenden politischen Prozess zwischen PKK-Gründer Abdullah Öcalan und dem türkischen Kolonialstaat, der Frauenrevolution und ihre Verteidigung, die Perspektive für eine Demokratischen Föderation des Mittleren Ostens und

den gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Kolonialismus. Zu Beginn des Gesprächs erinnerte Şoreş an Nazim Daştan, Cihan Bilgin und Egîd Roj, die dem Widerstand in Tishrin weltweit Gehör verschafft hatten und würdigte die Arbeit kurdischer Journalist:innen, deren Tätigkeit gefährlich, aber unverzichtbar sei.

Können der bürgerliche türkische Staat, der faschistische Präsident Erdogan und die Clique um den MHP-Führer Bahçeli die kurdische nationale Frage lösen und die Türkei demokratisieren? Welche Schritte könnten sie unternehmen und wie weit sind sie bereit, ihre eigenen Grenzen zu überschreiten?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir den Gründungsprozess des türkischen Staates betrachten. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches infolge des ersten Imperialistischen Teilungskriegs und dem Verlust großer Gebiete, darunter arabische Regionen und Thrakien, begann unter Mustafa Kemal, einem der Kommandeure der Nationalen Streitkräfte (Kuvayi Milliye), ein nationaler Befreiungskrieg. Um die Besatzungstruppen zu vertreiben, ging er ein Bündnis mit den Kurden ein, das seinen Ausdruck 1921 in der Verfassung

als eine Art Autonomie fand. Doch dieses Bündnis war nur von kurzer Dauer: Mit der Verfassung von 1924 wurde die Autonomie der Kurden aufgehoben, Widerstand wurde brutal niedergeschlagen. „Eine Nation, eine Sprache, ein Staat, eine Flagge“ wurde zur offiziellen Ideologie der neu gegründeten Republik Türkei. Der türkische Staat hat diesen faschistischen und kolonialen Charakter bis heute bewahrt und sogar verstärkt.

Die Rojava-Revolution, der Gezi-Juni-Aufstand, der Selbstverwaltungswiderstand und die neue Grundlage für ein Bündnis zwischen den revolutionären und progressiven Bewegungen der Türkei und Kurdistans sowie die Möglichkeit einer vereinten Revolution und Führung auf Grundlage dieses Bündnisses versetzten den türkischen Kolonialstaat in Panik. Er sah sich einer gewaltigen Bedrohung gegenüber und erkannte, dass er seine Macht neu festigen musste. Die Gülen-Bewegung wurde liquidiert, während die MHP zum Partner in diesem Prozess der Machtkonsolidierung wurde. Die faschistische Diktatur wurde auf eine Ein-Mann-Diktatur reduziert. Eine massive Liquidationswelle wurde eingeleitet. Sie wissen, dass

die Co-Vorsitzenden, Abgeordneten und Bürgermeister der HDP verhaftet wurden. Demokratische Massenorganisationen wurden verboten. Fernseh- und Radiosender zensiert und geschlossen. Tausende Menschen wurden festgenommen, auf schwarze Listen gesetzt und inhaftiert. Die militärischen Angriffe auf die Medya-Verteidigungsgebiete nahmen das Ausmaß einer Besatzung an. Städte wie Afrin, Girê Spî und Serekaniyê wurden besetzt. Dutzende führende revolutionäre, kommunistische und patriotische Persönlichkeiten wurden ermordet. Überall in Nordkurdistan wurden Militärstützpunkte errichtet. Ein massiver Ökozid begann. Die Rohstoffvorkommen Nordkurdistans wurden erneut von türkischen Kolonialisten beschlagnahmt. Die Unternehmen Cengiz und Kalyon, die von der staatlichen Machtstruktur profitierten, begannen, sich in ganz Kurdistan niederzulassen. Die Organisation der kapitalistischen Chefs MÜSİAD veranstaltete ein Treffen unter dem Motto „Türkei ohne Terror“, bei dem die wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Prozesses aus kolonial-kapitalistischer Perspektive erörtert wurden. Neue Pläne wurden geschmiedet, um die kapitalistischen Märkte Südkurdistans und des Irak

mit den „terrorfreien“ Märkten Nordkurdistans und der Türkei zu verbinden. Eine Politik der Zerstörung, Verleugnung und Assimilation in militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht wurde umgesetzt. Die Wirtschaft wurde als Arm des ideologischen Transformationsplans genutzt.

Derselbe türkische Staat hat am 19. März einen umfassenden Angriff gegen die CHP, die Gründungspartei der faschistischen Republik, die heute Teil der bürgerlichen Opposition ist, begonnen.

Die Geschichte des türkischen Staates ist eine Geschichte von Militärputschen, die den faschistischen Charakter des Staates weiter verstärkten und ihn als Instrument der ideologischen Festigung etablierten. Der türkische Staat war nie demokatisch und alle Erfolge, die durch große Kämpfe erzielt wurden, mussten stets neu erkämpft werden. Alle Versuche der AKP sich bei den Kurd:innen beliebt zu machen, waren nichts anderes als ein Versuch, Zeit zu gewinnen und Allianzen zu schmieden, um ihre Macht zu konsolidieren. Die größten Angriffe auf den kurdischen nationalen Kampf und Kurdistan erfolgten jedoch während der Herrschaft der AKP. Aber wie lässt

sich erklären, dass Bahçeli, der bis vor kurzem noch mit einer Schlinge in der Hand herumlief, im Oktober erklärte: „Wenn die PKK sich auflösen will, soll Öcalan ins Parlament kommen und sprechen und man sollte ihm das Recht auf Hoffnung gewähren“? Bahçeli sprach hier mit der Weisheit des Staates. Er erkannte, dass sich die Rivalität zwischen den imperialistischen Blöcken der USA und Chinas verschärfte und dass der Einfluss der USA im Mittleren Osten wuchs. Er sah, dass Assads Machtverlust bevorstand und dass der politische Raum für das AKP-MHP-Regime immer enger wurde. Die Widersprüche zwischen Staat und Volk vertieften sich. Der Staat begann, neue Allianzen zu suchen, um seine Macht zu sichern. Die CHP, die bei den letzten Wahlen bedeutende Erfolge erzielte, wurde zum Rivalen. Ein Bündnis mit der CHP war daher nicht mehr möglich und so wurde die kurdische nationale Bewegung, die PKK, als wichtigste Chance gesehen, sowohl die innere als auch die äußere Front zu stärken. Die türkische Regierung strebt dabei sowohl wirtschaftliche als auch politische Vorteile an.

Die PKK hatte jahrelang gegen die zweitgrößte Armee der NATO ge-

kämpft und Widerstand geleistet, doch der Konflikt war in eine Patt-situation geraten. Trotz heldenhaf-ten Widerstands erkannte die PKK, dass sie die bestehende Situation strategisch nicht ändern konnte. Das Schweigen der bürgerlichen Staaten angesichts der genozidalen Angriffe Israels auf Gaza und die Unfähigkeit der Volksbewegungen, sich ausreichend zu mobilisieren, legitimierten diese barbarischen Angriffe. Diese Angriffe spiegeln in gewisser Weise die des türki-schen Staates auf Kurdistan wider. So lässt sich die Atmosphäre von Bahçelis Aufruf und Öcalans Reak-tion darauf erklären. Der türkische Staat betrachtet die kurdische Frage nicht als ein nationales, sondern als ein „Terrorproblem“, das es zu lösen gilt. Der Verhandlungsprozess von 2013-14 zeigte auch, dass die AKP nie die Absicht hatte, die kurdische Frage wirklich zu lösen. Bis heute hat sich daran nichts geändert. Die derzeitige Lage ist anders, doch die Vision der AKP für das zweite Jahr-hundert der Republik sieht nicht die Lösung der kurdischen Frage vor, sondern die Zerstörung des kurdischen Nationalbewusstseins, die Unterdrückung des bewaffne-ten Kampfes und die Integration der Kurden als Individuen in das koloniale System.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Der faschistische türkische Kolonialstaat versucht möglicherweise, die kurdische nationale Frage aus einer äußerst reaktionären, bürgerlichen Perspektive zu lösen. Es ist deutlich geworden, dass innerhalb des staatlichen Systems nach einer Lösung gesucht wird. Eine Kommission wurde im Parlament gegründet. Das Parlament selbst ist jedoch höchst umstritten. Im faschistischen Regime sind legislative, exekutive und judikative Macht in den Händen Erdoğans und seiner Handlanger konzentriert. Abgesehen von den Gründungsjahren des türkischen Staates war das Parlament noch nie so ineffektiv und machtlos wie heute.

Dass die kurdische nationale Frage überhaupt im Parlament diskutiert wird, stellt immerhin einen Fortschritt dar. Gleichzeitig ist jedoch klar, dass der kolonialistische türkische Staat selbst auf bürgerlicher Grundlage keine Lösung für seine nationale Frage finden kann. Mit der Einsetzung der Kommission wurde ein Teil des Verhandlungstisches von İmralı ins Parlament verlegt. Dort jedoch lauert die wahre Bedrohung.

Die einzige Kraft, die die Position der Kurden sowohl in İmralı als

auch am parlamentarischen Verhandlungstisch stärken kann, ist Organisation sowie die Entschlossenheit, auf die Straße zu gehen. Zugleich ist es unerlässlich, dass das türkische Volk in jeder Hinsicht an der Seite des kurdischen Volkes steht. Ich möchte dies nochmals betonen: Solange die kurdische Nation nicht frei ist, werden sich Unterdrückung und Ausbeutung der Völker der Türkei weiter verschärfen und Korruption sowie gesellschaftlicher Verfall werden weiter zunehmen.

Chauvinismus ist wie ein Gift, das sich zwischen den Völkern ausbreitet. Die gegenwärtigen Umstände können als Gegenmittel gegen dieses Gift wirken. Alle fortschrittlichen, demokratischen, revolutionären und sozialistischen Kräfte müssen diese Situation bestmöglich nutzen. Selbstverständlich finden die Verhandlungen nicht auf Augenhöhe statt. Dennoch sollte klar sein, dass es sich hierbei nicht ausschließlich um eine Sache der Kurden handelt. Dies ist gleichzeitig auch ein Problem und eine Herausforderung für die Völker der Türkei. Jetzt muss diese Herausforderung überwunden werden. Wir rufen von hier aus erneut die Völker der Türkei, die Frauen, die

Jugendlichen und die Revolutionär:innen, die Kommunist:innen, dazu auf, sich für diese historische Aufgabe einzusetzen.

Diese Angst bezieht sich auch konkret auf Rojava, wo eine Revolution stattfand, die sich auf Nord- und Ostsyrien ausgeweitet hat. Diese Revolution hat demokratische und gleichberechtigte Bündnisse mit anderen Völkern und Glaubensgemeinschaften der Region geschlossen, insbesondere mit Araber:innen. Im Geschlechterkampf wurde ein taktischer „Frieden“ im Sinne der Gleichstellung erreicht, wobei Frauen zu gleichberechtigten Partnerinnen der Macht gemacht wurden.

Die Hauptakteure dieser Revolution sind Menschen aus allen vier Teilen Kurdistans. Nordkurdistan nimmt dabei eine besondere Stellung ein. Während des gesamten revolutionären Prozesses stand Nordkurdistan an der Seite Rojavas. Gleichzeitig haben die fortschrittlichsten Teile seiner Bevölkerung direkt an der Revolution teilgenommen. Sie haben umfangreiche Erfahrungen in Krieg, Organisation und Politik gesammelt.

Es besteht somit die Realität eines Volkes und eines politischen Subjekts, das diese revolutionäre Schu-

le durchlaufen und enorme Fortschritte in Wissen, Bewusstsein und Technologie erzielt hat. Daher scheint es äußerst schwierig, auf der Grundlage einer bürgerlichen Lösung Fortschritte zu erzielen.

Angenommen, es käme zu einer bürgerlichen Lösung der kurdischen Frage. Würde dies bedeuten, dass der faschistische türkische Staat demokratischer wird? Nein. Zwischen einer bürgerlichen Lösung der nationalen Frage und tatsächlicher Demokratie besteht kein dialektischer Zusammenhang. So hat etwa die auf bürgerlicher Grundlage errichtete Föderale Region Südkurdistan den Irak keineswegs demokratisiert.

Gleichzeitig muss betont werden, dass Kurd:innen in nahezu jeder Stadt der Türkei leben. Istanbul ist faktisch eine kurdische Stadt. Daraüber hinaus spielen gemeinsame Werte eine zentrale Rolle bei der Herausbildung revolutionärer Bewegungen in Kurdistan und der Türkei. Insbesondere in den letzten 15 Jahren hat die Beziehung zwischen der PKK und der türkischen revolutionären kommunistischen Bewegung einen gemeinsamen revolutionären Horizont eröffnet und gefestigt.

Nicht die bürgerliche Lösung der

nationalen Frage, sondern gerade dieses gemeinsame Fundament sollte genutzt werden, um den Kampf für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in der Türkei auszuweiten und chauvinistische sowie nationalistische Strömungen zu schwächen.

Zwischen Devlet Bahçeli und der AKP scheint ein feiner Unterschied zu bestehen. Ob es sich dabei um ein bewusstes Rollenspiel oder um eine Übereinstimmung von Schein und Sein handelt, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Selbst wenn man von einem solchen Unterschied ausgeht, besitzt er offenbar keinen Widerspruchscharakter.

Im Parlament wurde eine Kommission eingesetzt. Welchen Zweck verfolgt diese vom türkischen Staat eingesetzte Kommission und welche Rolle kann sie tatsächlich spielen?

Unmittelbar nach dem 27. Februar 2025 erklärte die PKK am 1. März 2025 auf Öcalans Aufruf hin einen Waffenstillstand. Am 12. Mai 2025 erklärte sie, ihre historische Rolle erfüllt zu haben, indem sie die Kurd:innen aus der Verleugnung in die Ebene der Existenz geführt habe und dass der bewaffnete Kampf beendet sei. Unter diesen Umständen kündigte sie ihre Auflösung an und erklärte, den Kampf auf demokrati-

scher Grundlage fortzuführen. Am 11. Juli 2025 demonstrierte eine Gruppe von PKK-Kämpfer:innen und führenden Kader:innen unter der Führung von Bese Hozat und Behzat Çarçel ihre Entschlossenheit, indem sie ihre Waffen verbrannte. Innerhalb der PKK gab es jedoch keinerlei Anzeichen von Zerfall, Panik oder Vorbereitungen auf eine Rückkehr in die Heimat.

Erstens beunruhigt dieses hohe Maß an Organisation den türkischen Staat. Der Organisationsgrad des kurdischen Volkes, das tiefe Misstrauen großer Teile der türkischen Bevölkerung gegenüber der faschistischen AKP-MHP-Diktatur, der wirtschaftliche Niedergang sowie die Umwandlung der Justiz in ein direktes Instrument des Regimes, all diese Faktoren versetzen die Diktatur in Angst. Mit anderen Worten, die gegenwärtige Stärke und das kollektive Handlungsvermögen des kurdischen Volkes beunruhigen den türkischen Staat. Andererseits dient der Begriff „Terrorismus“ als äußerst bequemes Instrument in der Innen- wie Außenpolitik, um Unterdrückung zu legitimieren, politische Prozesse zu steuern und expansionistische Politik zu rechtfertigen.

Generell spielt Nationalismus eine

zentrale Rolle bei der Produktion gesellschaftlicher Zustimmung in faschistischen Regimen. Seit seiner Gründung verfolgt der türkische Staat das politische Ziel, das türkische Volk auf der Grundlage von Nationalismus und Panislamismus zu vereinen. Auf diese Weise hat es die strukturelle Krise genutzt, um sich durch Krisenmanagement neu zu strukturieren. Das heißt, bis jetzt war es im Wesentlichen der Staat selbst, der sich aus dem „Terror“ genährt hat.

Der Vorsitzende der Kommission, Numan Kurtulmuş, definiert deren Aufgabe als die „Beseitigung der Geißel des Terrorismus“. Mit anderen Worten: Kurd:innen gelten weiterhin allein deshalb als Terroristen, weil sie Kurd:innen sind und für ihre nationalen Rechte kämpfen. Genau hier setzt die Arbeit der Kommission an. Die koloniale Denkweise, die Praktiken und der Führungsstil des Staates bleiben unverändert.

Es ist offensichtlich, dass am Verhandlungstisch weder ein wirklicher Wille noch ein ernsthaftes Interesse an einer Lösung vorhanden sind; mögliche Ergebnisse sollen unter Zwang erlangt werden. Die Situation ist daher nicht von „vorsichtigem Optimismus“, sondern

von einem bewussten und vorsätzlichen Pessimismus geprägt. Der faschistische türkische Kolonialstaat verfolgt mit der Kommission eindeutig das Ziel, Zeit zu gewinnen. Er versucht, den Verhandlungstisch als Druckmittel und Waffe gegen die Kurd:innen zu nutzen, während er zugleich mit neuen Militäroperationen gegen Rojava droht. Dennoch existiert nun eine Kommission und auch eine kurdische Delegation nimmt an den Verhandlungen teil.

Um die Stellung der kurdischen Delegation innerhalb der Kommission zu festigen und ihre Verhandlungsmacht zu erhöhen, muss das kurdische Volk seinen Kampf für nationale, demokratische und kollektive Rechte intensivieren. Dieser entschlossene Kampf muss sich auf eine Vielzahl zentraler Forderungen richten, darunter: die Abschaffung des Dorfschützersystems, die Aufklärung des gewaltsamen Verschwindenlassens von Menschen, die strafrechtliche Verfolgung von Folterern, die Aufhebung des Anti-Terror-Gesetzes, muttersprachlicher Unterricht, zweisprachige staatliche Institutionen, die Beendigung des Ökozids, ein Ende der Angriffe auf Märtyrerfriedhöfe, der sofortige Stopp der Besat-

zungsangriffe auf Rojava und die Medya-Verteidigungsgebiete, der Rückzug aus den besetzten Regionen sowie die Bestrafung aller Verantwortlichen.

Wird der türkische Staat für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen?

Während des Selbstverwaltungs-widerstands setzte die faschistische AKP-Regierung beispielsweise ein Konzept des totalen Krieges gegen die kurdische Bevölkerung ein. Werden jene zur Rechenschaft gezogen, die Menschen lebendig in Kellern verbrannten? Werden diejenigen bestraft, die Leichen tagelang auf den Straßen oder in Kühlchränken liegen lassen? Werden Vergewaltiger wie Musa Orhan verurteilt? Werden Polizisten und Spezialeinheiten zur Verantwortung gezogen, die Kinder über den Boden schleiften und ihnen die Arme brachen?

Unser Volk hat durch die Kolonialherren unermessliches Leid erfahren. Abgesehen von Zilan und Dersim ist auch das Massaker von Roboski eine bittere Realität, die sich unauslöschlich in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt hat. Wer trägt beispielsweise die Verantwortung dafür, dass der nackte Körper von Ekin Van über

den Boden geschleift wurde? Gerichtsakten belegen zudem, dass der Nationale Geheimdienst (MIT) bereits im Vorfeld über das Massaker an 33 Sozialist:innen, Revolutionär:innen, Anarchist:innen und Mitgliedern der SGDF in Pirsus informiert war. Warum wurde dieses Massaker nicht verhindert? Für uns ist klar: Es wurde nicht verhindert, sondern bewusst initiiert und organisiert.

Wird der türkische Staat für diese Verbrechen zur Rechenschaft gezogen? Die Forderung nach Rechenschaft wird unausweichlich sein, denn unser Volk hat unermesslich gelitten. Dennoch strebt es einen gerechten und würdevollen Frieden an. Es wird seine Vergangenheit nicht vergessen, ist aber bereit, Opfer zu bringen. Unser Volk ist würdevoll und wird niemals einen unehrenhaften Frieden akzeptieren.

Türkische Arbeiter und Werktätige müssen sich für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und für den Aufbau einer auf Gleichheit beruhenden Geschwisterlichkeit einsetzen. Sie müssen den Kampf für Gleichheit und Freiheit ausweiten und vertiefen. Statt sich auf Erwartungen an die Kommission zu konzentrieren, gilt

es, den Druck des Volkes zu organisieren und aktiv Einfluss auf die Kommission auszuüben.

Ich möchte erneut betonen, dass hinter, unter und über jedem Verhandlungstisch intensive Kämpfe stattfinden. Der Druck, den die kurdische Nation als Ganzes, insbesondere aber ihre Arbeitenden und Werktägigen, von zwei Seiten auf die Kommission ausübt, ist von entscheidender Bedeutung. Die größte Gefahr in dieser Phase besteht darin, den Kampf auf reine Diplomatie zu reduzieren.

Im Laufe der Geschichte hat es zahlreiche Versuche gegeben, Lösungen für die nationale Frage zu finden. Abdullah Öcalan erklärte kürzlich, dass losgelöste Nationalstaaten, Föderationen, administrative Autonomie und rein kulturalistische Lösungen nicht in der Lage seien, der historischen Soziologie der Gesellschaft gerecht zu werden. Die Frage ist, ob dieses von Öcalan entwickelte Paradigma insbesondere in Nordkurdistan eine reale Chance zur Umsetzung besitzt.

In der Phase der imperialistischen Globalisierung hat sich der weltweite Kapitalverkehr vervielfacht und die Welt ist zu einem integrierten Markt für Kapital und Produktion geworden. In den 2000er Jah-

ren war die Debatte weit verbreitet, ob multinationale Konzerne die Nationalstaaten ersetzen würden. Tatsächlich besteht ein Widerspruch zwischen der Integration der Kapitalmärkte und der Existenz von Nationalstaaten. Kapital strebt danach, alle Grenzen zu überwinden, ist jedoch zugleich auf den Staat angewiesen, auf den kapitalistischen Staat. Denn er bündelt gesellschaftliche Macht, schützt und verteidigt das Kapital und fungiert als zentrale Instanz zur Überwindung von Hindernissen. Multinationale Konzerne und ihre Verbündeten können diese Rolle nicht übernehmen. Nationalstaaten haben ihre Funktion für das Kapital bislang nicht verloren. Die Beziehung ist widersprüchlich, aber der gesamte Kapitalismus selbst ist von Widersprüchen durchzogen.

Zwar lässt sich argumentieren, dass Nationalstaaten das Ende ihrer historischen Lebensdauer erreicht haben. Doch wenn wir von der existenziellen Krise des Kapitalismus und von der Aktualität des Sozialismus sprechen, bedeutet dies zugleich, dass die Überwindung des Staates auf der Tagesordnung steht. Ein solcher Prozess kann jedoch nur durch eine Revolution eingeleitet werden. Erst auf diesem Weg ist

es möglich, sich dem Sozialismus zuzuwenden und zugleich vom Staat zur Staatenlosigkeit überzugehen. Bis dahin jedoch wird der Staat fortbestehen.

Das Recht aller Nationen auf Existenz auf der Grundlage vollständiger Gleichberechtigung sowie das Recht auf Selbstbestimmung sind keine historischen Fragen, sondern Gegenstand aktueller politischer Auseinandersetzungen. Nicht alle Nationen verfügen über dieselben Rechte. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die kurdische Frage durch eine sogenannte positive, demokratische Integration der kurdischen Nation in den türkischen Staat gelöst werden soll.

Heute wird Integration häufig als gegenseitige Transformation verstanden. Doch wie soll diese Transformation konkret aussehen? Wird sich der türkische Staat tatsächlich wandeln und ein Niveau vollständiger Gleichberechtigung mit der kurdischen Nation erreichen? Werden die türkische und die kurdische Nation als zwei Nationen mit gleichen Rechten anerkannt und definiert?

Gleichzeitig wird von einer angeblich tausendjährigen Geschwisterlichkeit zwischen Türken und Kurden gesprochen, während zentrale

Artikel der Verfassung, welche die ungleiche Beziehung widerspiegeln als unantastbare rote Linien deklariert werden. Genau diese verfassungsrechtlichen Grundlagen bilden den institutionellen Rahmen eines leugnenden und kolonialen Staatsverständnisses.

Wo Verleugnung herrscht, kann der Kampf um Nation und Kultur nicht als Zerstreuung angesehen werden.

In einem von Kolonialismus und systematischer Verleugnung geprägten Kontext dient die Darstellung des Kampfes um Nation und Kultur als bloße „Zerstreuung“ oder „Rückschritt“ keinem anderen Zweck, als die Unterdrückten politisch zu entwaffnen und die Vorherrschaft des herrschenden Nationalstaats zu festigen.

Seit über einem Jahrhundert wird versucht, die kurdische nationale Existenz durch Massaker, Verleugnung und brutale Assimilationspolitik auszulöschen. Dennoch hat das kurdische Volk nicht nur durch einen Kampf auf Leben und Tod überlebt, sondern sich gemeinsam mit seiner Geschichte immer wieder neu hervorgebracht. Die Rolle der PKK und der Guerillabewegung in diesem Prozess ist von zentraler, entscheidender und un-

bestreitbarer Bedeutung.

Der türkische Staat betrachtet selbst die autonome Struktur Rojavas als Bedrohung. Er setzt alles daran, die kurdische Autonomie dort zu verhindern und droht fortwährend. Wie soll ein Staat, der so gegenüber Rojava agiert, in Nord-kurdistan demokratisch handeln? Der türkische Kolonialstaat will keine freien Kurd:innen, sondern unterworfone Untertanen. Unter diesen Bedingungen ist eine demokratische Integration nicht vorstellbar. Demokratie für wen?

Offenkundig bleibt den Kurd:innen der Zugang zur Demokratie verwehrt. Im Gegenteil: Der türkische Staat versucht, die Kontrolle über das demokratisch-autonome Nord- und Ostsyrien zu erlangen, ein Projekt, das die Kurden unter enormen Opfern aufgebaut haben. Angesichts dieser Realität sind die Voraussetzungen für die Umsetzung des Paradigmas von „Frieden und einer demokratischen Gesellschaft“ nahezu nicht gegeben.

Noch einmal sei betont: Die Beziehungen zu den Kurd:innen basieren nicht auf einem fairen, würdevollen und demokratischen Frieden. An diesem Punkt des 21. Jahrhunderts ist eine demokratische Revolution notwendig. Wir befinden

uns an einem historischen Wendepunkt, an dem nationale Befreiung untrennbar mit sozialer Befreiung verbunden ist.

Welches Lösungsmodell bietet die von Ihnen in Ihrem Programm vorgeschlagene Demokratische Föderation des Mittleren Ostens an? Welche Rolle spielt die kurdische nationale Frage dabei?

Die Teilung Kurdistans setzte sich im 20. Jahrhundert fort und fand ihren Ausdruck im Sykes-Picot-Abkommen sowie im Vertrag von Lausanne, der Kurdistan in vier Teile zerriss. Dass die kurdische Nation trotz dieser Zersplitterung überleben konnte, stellt ein historisch einzigartiges Phänomen dar.

Angesichts intensiver Assimilationspolitik, systematischer Verleugnung und genozidaler Angriffe hat sich das kurdische Volk durch massiven Widerstand behauptet und immer wieder neu formiert. Wie viele tatsächlich staatenlose und zersplitterte Völker konnten seit der Etablierung des Staatsbegriffs in der Geschichte kollektiv überleben? Diese Frage verdient eine tiefergehende Analyse.

Zurückkommend auf Ihre Frage: Wir betrachten die Lösung natio-

naler Fragen aus der Perspektive regionaler demokratischer und sozialistischer Föderationen. Dies schließt weder aus, dass einzelne Teile Kurdistans ihren eigenen Weg gehen und gegebenenfalls ihre Unabhängigkeit erklären, noch das Recht der vier Teile Kurdistans auf Vereinigung.

Selbstverständlich ist auch eine bürgerliche Lösung der kurdischen Frage möglich; Südkurdistan ist diesen Weg gegangen. Die Lösung, die wir anstreben, ist jedoch eine werktätige Lösung. Einerseits kämpfen wir für vollständige Gleichberechtigung mit der unterdrückenden Nation, andererseits für den gemeinsamen Kampf mit den Arbeitenden und Werktäglichen dieser Nation um soziale Befreiung. Ziel ist die Errichtung einer Union von Arbeiter- und Volksrepubliken.

Unter imperialistischen Bedingungen ist echte Unabhängigkeit nur durch den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus möglich. Die Lösung der nationalen Frage liegt im Sozialismus. Unsere politische Haltung ist sozialistisch-patriotisch. Wir sind überzeugt, dass kurdische Arbeiter:innen und Werktätige wahre nationale Befreiung nur erreichen

können, wenn sie den Kampf für nationale Rechte mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden. Der Klassencharakter unseres Patriotismus ist jener der Arbeiterklasse und sein Ziel ist der Sozialismus. In allen vier Teilen Kurdistans ist es unser Ziel, Arbeiter:innen und Werktätige mit einem bewussten Patriotismus auf einem politisch unabhängigen Weg zu organisieren.

Die Rojava-Revolution ist hierfür ein zentrales Beispiel. Hätte sie sich nicht über Rojava hinaus nach Nord- und Ostsyrien ausgeweitet, hätte sie nicht überleben können. Heute kann sie nur fortbestehen, wenn sie sich auf Syrien und den gesamten Mittleren Osten ausdehnt. Dasselbe gilt für Nordkurdistan.

Der Weg zu einer Demokratischen Föderation des Mittleren Ostens führt über den Sturz der Besetzungs- und Kolonialstaaten durch demokratische Volksrevolutionen und die Etablierung revolutionärer Macht. Im Unterschied zu konföderalen Modellen setzt dieses Konzept nicht primär auf einen schrittweisen Aufbau von unten, sondern auf den revolutionären Bruch mit bestehenden Regimen, deren Ersetzung durch Volksrepubliken

und deren föderale Vereinigung.

Konföderationen zielen auf Transformation, nicht auf Zerschlagung. Eine regionale Föderation von Volksrepubliken hingegen priorisiert den revolutionären Sturz der bestehenden Machtverhältnisse. So bedeutet die sozialistische Perspektive der Rojava-Revolution nicht nur Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse innerhalb Rojavas, sondern auch ihre Ausdehnung auf ganz Syrien.

Der türkische Staat, strebt in Syrien gestützt auf HTS nach Machtergreifung, um die Errungenschaften des kurdischen Volkes wie die Rojava-Revolution und die Autonome Verwaltung zu zerschlagen. Gleichzeitig will er das kurdisch-arabische Bündnis, das durch das Organisierten arabischer Stämme entstanden ist, zerstören. Kann er sein Ziel erreichen?

Ein Blick auf die Aktivitäten der HTS in den vergangenen Monaten gibt eine klare Antwort. Anfang März 2025 begann sie mit Massakern an der alawitischen Bevölkerung. Tausende Alawit:innen wurden getötet, Frauen entführt und auf Märkten in Idlib verkauft, Zehntausende flohen vor dieser Gewalt und wurden zu Geflüchteten.

Bei den Angriffen auf Suweida im Juli 2025 verloren laut Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) 1.683 Menschen ihr Leben. Bestärkt durch die Haltung und öffentliche Äußerungen des US-Botschafters in Ankara und Sonderbeauftragten für Syrien, Tom Barrack, versuchte die HTS, ihre Vorherrschaft in Suweida militärisch durchzusetzen, doch sie scheiterte.

Kein Teil der syrischen Gesellschaft, auch nicht die arabische Bevölkerung, vertraut der HTS. Vor Kurzem fand in Hesekê eine Konferenz statt, an der Vertreter:innen aller religiösen Gemeinschaften und Bevölkerungsgruppen Syriens teilnahmen. Die Glaubwürdigkeit der Autonomen Verwaltung gegenüber allen Völkern wurde erneut der ganzen Welt verkündet. Die Realität, die die Hesekê-Konferenz zur gemeinsamen Haltung aufgezeigt hat, hat die HTS und vielleicht noch mehr den türkischen Staat in Panik versetzt. Wie bekannt ist, ist Hakan Fidan eilig nach Damaskus gereist und hat die Teilnahme der SDF an dem Treffen in Paris blockiert. Einerseits herrscht Aufregung wegen der Hesekê-Konferenz, andererseits können Frankreich, Großbritannien

und die USA nicht tolerieren, dass HTS und die Autonome Verwaltung an einem Tisch sitzen und die Autonome Verwaltung dadurch an Legitimität gewinnt. Der türkische Staat hat das Treffen in Paris verhindert, weil er befürchtet, seinen Einfluss auf HTS zu verlieren. Der koloniale türkische Besitzerstaat drängt die Autonome Verwaltung und die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF), sich so schnell wie möglich in die HTS zu integrieren. Andernfalls droht er mit einer Militäroperation. Die mit der HTS unterzeichneten Vereinbarungen über die Verteidigung und die Ausbildung und Ausrüstung der Armee bestätigen einmal mehr die Praxis des türkischen Staates.

Könnte dieses Bündnis dennoch erschüttert werden? In den Tagen nach dem Rückzug des Assad-Regimes kam es unter Teilen der sunnitisch-arabischen Bevölkerung zu Unruhe. In den Regionen Rakka und Deir ez-Zor ließen sich einige Gruppen, wenn auch begrenzt, provozieren. Doch das Vorgehen der HTS schafft kein Vertrauen. Zugleich wurden die arabischen Bevölkerungsgruppen von der Autonomen Verwaltung zu keinem Zeitpunkt unter Druck gesetzt. Im Gegenteil: Sie wurden in die poli-

tischen Entscheidungsstrukturen ihrer Regionen einbezogen und erhielten Anteil an wirtschaftlichen Möglichkeiten und Ressourcen.

Auf der Grundlage demokratischer und gleichberechtigter Beziehungen entstand eine reale Partnerschaft. Kurz gesagt: Die Autonome Verwaltung hat bislang die Sicherheit der arabischen Bevölkerung ebenso wie die anderer ethnischer und religiöser Gruppen gewährleistet. Trotz der Präsenz der HTS gibt es daher aktuell keine Anzeichen für eine ernsthafte Erschütterung des Kerns des kurdisch-arabischen Bündnisses.

Der türkische Geheimdienst MIT arbeitet jedoch gezielt daran, dieses Bündnis zu destabilisieren und wird alle Mittel einsetzen, um Provokationen und Manipulationen zu erzeugen.

Die Autonome Verwaltung ist ideo-logisch, politisch, organisatorisch, militärisch und wirtschaftlich stark sowie erfahren. Sie hat ein Modell des friedlichen Zusammenlebens etabliert. Dieses lässt sich nicht durch einige Drohnen, Panzer oder Raketen zerstören. Dennoch steht sie den Nachfolgern des Osmanischen Reiches gegenüber. Es heißt nicht ohne Grund : „Im Osmanischen Reich ist das Spiel niemals

vorbei.“ Diese Gefahr darf keinesfalls unterschätzt werden. Es ist notwendig, die Organisation weiter zu stärken, stabile Bündnisse zu festigen, militärische Taktiken kontinuierlich weiterzuentwickeln und die Rolle als disziplinierte Verteidigungskraft entschlossen auszubauen.

Der IS verkaufte Frauen auf Märkten, vergewaltigte und entführte sie und beging in Shengal unzählige Verbrechen. Die HTS handelte nicht anders gegenüber alawitischen und drusischen Frauen. Was sind die Ursachen dieser frauenfeindlichen Politik und wie muss ihr begegnet werden?

Was der IS Frauen in Şengal, Rakka, Latakia, Hama und Afrîn angetan hat, ist eindeutig dokumentiert. Es handelt sich dabei nicht um spontane oder instinktive Gewalt, sondern um eine bewusste Strategie, eine bestimmte Mentalität. Diese wurzelt in einer patriarchalen, reaktionären Ideologie. Diese Praxis beschränkt sich nicht auf den IS oder seinen ideologischen Ursprung Al-Qaida. Auch die Taliban in Afghanistan verfolgen weiterhin eine Politik, die Frauen entreichtet, versklavt und ihnen unter der Burka ihre Identität raubt.

Es handelt sich um eine Strategie

der gesellschaftlichen Unterwerfung durch die Unterdrückung der Frauen. Männliche Herrschaft wird über die Versklavung von Frauen konstruiert. Zugleich muss betont werden, dass diese Gewalt nicht ausschließlich dem politischen Islam entspringt. Sie ist Ausdruck einer allgemein männlich dominierten Gesellschaftsordnung. So wurden etwa im Bosnienkrieg tausende Frauen vergewaltigt und selbst in Europa, das sich als Wiege der „Zivilisation“ versteht, wurden Frauen historisch auf Märkten verkauft.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Der IS und die HTS nehmen eine besondere Stellung im Bereich organisierter Frauenfeindlichkeit ein. Ganz konkret richten sich ihre Angriffe auch gegen Frauenbefreiungskämpfe, wie etwa in Syrien, Rojava, Shengal und Afghanistan.

Weltweit verschärft sich der Geschlechterwiderspruch. Als Reaktion versuchen bürgerliche und faschistische Staaten, Frauen durch neue Gesetze erneut der männlichen Herrschaft zu unterwerfen. In der Türkei wurde etwa das sogenannte „Jahr der Familie“ ausgerufen, Geburtsformen sollen reguliert und jahrhundertealte Erbrechtsregelungen verändert werden. Die

Familie wird heuchlerisch glorifiziert. Zugleich nehmen weltweit Angriffe auf LGBTI+ zu, bewusst mit dem Ziel, emanzipatorische Lebensweisen zu delegitimieren und die traditionelle Familienordnung zu stabilisieren.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft kann ihre sozialen und materiellen Grundlagen ausschließlich unter sozialistischen Bedingungen entwickeln.

Unsere zentrale Aufgabe als kurdische Kommunist:innen besteht darin, die Frauenrevolution in Rojava, das fortschrittlichste Beispiel institutionalisierter Geschlechterbefreiung, gegen patriarchale militärische, politische und ideologische Angriffe zu verteidigen. Diese Revolution kann jedoch nur dann voranschreiten, wenn sie Folgschaft findet. Deshalb gehört es zu unseren wichtigsten Aufgaben, sie in ganz Kurdistan, im Mittleren Osten und weltweit zu verbreiten.

Das Ziel der Frauenrevolution ist der Sozialismus. Nur unter sozialistischen Bedingungen können Frauen Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung erreichen. Die Befreiung der Frauen ist ohne Sozialismus unmöglich.

Es ist heute unerlässlich, die Selbst-

verteidigung von Frauen weltweit auszubauen, Frauenorganisationen zu stärken, Frauenarmeen zu vergrößern und einen gemeinsamen internationalen Kampf gegen Faschismus und Kolonialismus zu organisieren.

Meine Hochachtung an die belutschischen Frauen, die seit Tagen gegen Verhaftungen und das Verschwindenlassen von Menschen durch den pakistanischen Staat protestieren. Ebenso gilt mein Respekt den Frauen des „Jin, Jîyan, Azadî“-Aufstands, die mit enormem Mut Widerstand leisten und bis zum Äußersten kämpfen. Sie sind ein leuchtendes Beispiel für den gemeinsamen Kampf kurdischer, persischer, belutschischer, turkmenischer und aserbaidschansicher Frauen.

Unsere Kraft schöpfen wir auch aus der würdevollen Haltung der Frauen, die in iranischen Gefängnissen, insbesondere im Evin-Gefängnis, Widerstand leisten.

Die Baath-Diktatur wurde von den imperialistischen USA und ihren Verbündeten gestürzt. Welche Pläne verfolgen die Imperialisten, die Türkei, Russland und andere regionale Mächte? Gehört die Demokratisierung der Region dazu?

Mit dem Zusammenbruch des Baath-Regimes, das eine strategische Rolle im Machtgefüge des Mittleren Ostens innehatte, erlitt der nach 1980 entstandene schiitische Halbmond einen schweren Schlag. Die US-israelische Strategie der Einkreisung Irans verlagerte sich vom Rand ins Zentrum. Die Hisbollah wurde geschwächt, ihre Kommandostruktur stark beschädigt und Hassan Nasrallah wurde ermordet. Diese Angriffe auf die Hisbollah, die jahrelang mit Kampfkraft, Erfahrung und Disziplin eine wichtige Rolle in Syrien spielte, trafen auch Syrien schwer. Das Land verlor eine entscheidende Streitmacht. Russlands Fokus auf die Ukraine und der Druck auf den Iran verschärften die Situation. Unter diesen Umständen konnte Assad nicht standhalten: Er erkannte die Autonome Verwaltung nicht an, unterhielt keine diplomatischen Beziehungen und floh auf feige Weise. Der schiitische Halbmond wurde in seinem Kern zerschlagen. Syrien, ohnehin geschwächt, war das schwächste Glied der schiitischen Achse, blieb jedoch ein Bindeglied zur Hisbollah im Libanon und seinen Mittelmeerhäfen. Mit der Zerschlagung dieses Machtgefüges trat die politische Gesamtstruktur des Middle-

Ostens in eine neue Phase ein, während die USA ihre Position im Wettbewerb der imperialistischen Mächte stärkten.

Am 8. Dezember 2024 begann mit der Kapitulation von Damaskus vor der HTS eine neue Ära. Die Stärkung der US-Position bedeutete auch, dass der zionistische Staat Israel eine neue Rolle übernahm. Die zionistisch-faschistische Besetzung Palästinas hat mittlerweile den Charakter eines Völkermords erreicht: Gaza wurde dem Erdbothen gleichgemacht. Was Hitler den Juden in Auschwitz angetan hat, vollzieht Israel nun am palästinensischen Volk. Gleichzeitig haben sich die israelischen Streitkräfte auf den Golanhöhen festgesetzt, einer strategisch wichtigen Region Syriens mit den zentralen Wasserressourcen, die ihnen Kontrolle über Syrien aus der Luft ermöglicht.

Die Akteure, die die HTS in Damaskus installiert haben, sind die USA, Großbritannien und Frankreich, gemeinsam mit der Türkei, Saudi-Arabien und Katar. In Wirklichkeit existiert keine syrische Regierung. Die HTS ist ein Instrument des westlichen Imperialismus und Teil der US-Strategie. Türkei, Saudi-Arabien und Katar versuchen, aus historischen, geo-

grafischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen von dieser Lage zu profitieren und Syrien stärker an den westlichen Imperialismus zu binden.

Der faschistische türkische Kolonialstaat hat sich zudem zum Ziel gesetzt, die Errungenschaften von Rojava, der Autonomen Verwaltung Nordostsyriens, sowohl innerhalb Syriens als auch international zu untergraben. Er lehnt den Aufbau eines dezentralisierten, politisch autonomen Syriens strikt ab. Jegliche Fortschritte zugunsten kollektiver Rechte der Kurd:innen werden als existentielle Bedrohung betrachtet. Es versteht sich von selbst, dass kolonialistische Kräfte Errungenschaften des kurdischen Volkes in Syrien nicht dulden können, um ihre Präsenz im größten, organisatorisch und bewusstseinsmäßig am weitesten entwickelten Teil Kurdistans zu sichern. Der wahre Ausdruck jahrtausende alter Rhetorik der Geschwisterlichkeit zeigt sich auch in den Beziehungen zu Rojava und der Autonomen Verwaltung von Nord- und Ostsyrien.

Über die Pläne der Imperialisten wurde bereits viel diskutiert und es wird noch mehr darüber gesagt werden. Letztlich bereiten sie sich

auf einen dritten Weltkrieg vor, um ihre taktische Flexibilität und strategische Schlagkraft durch Bündnisse und Isolationspolitik zu stärken.

Weltweit, aber insbesondere im Mittleren Osten, wo sich die politischen Machtverhältnisse noch nicht gefestigt haben, läuft ein einheitlicher imperialistischer Angriff, der darauf abzielt, bewaffnete Widerstandsbewegungen wie PKK, Hisbollah und Hamas zu entwaffen. Die Entwaffnung der PKK steht in direktem Zusammenhang mit dieser politischen Ausgangssituation. Die Völker der Region, Unterdrückte, Arbeiter:innen und Frauen können nicht spontan von den Konflikten zwischen den Imperialisten profitieren; dies widerspricht dem Wesen des ausbeuterischen Systems.

Die revolutionäre, patriotische und kommunistische Avantgarde der Region kann jedoch indirekt von diesem imperialistischen Wettstreit profitieren. In Russland nutzte die revolutionäre Bewegung unter Lenin während des Ersten Weltkriegs diese Situation, um gegen das geschwächte zaristische Russland zu kämpfen und die Macht der Arbeiter- und Werktätigensojus aufzubauen.

Die einzigen verlässlichen Freunde der Unterdrückten sind die Unterdrückten selbst. Der Sieg über den Faschismus unter Führung der UdSSR im Zweiten Weltkrieg schuf die Möglichkeit für einen antifaschistischen, demokratischen Volkskampf und Sieg. Die fortschrittlichsten Beispiele vereinter internationaler Kämpfe entstanden in dieser Zeit. Daher müssen die Widersprüche, die im neuen Restaurationsprozess der Imperialisten entstehen, Gegenstand revolutionärer Strategie sein.

Rojava ist hierfür ein entscheidendes Beispiel. Die Revolution begann als Rojava-Revolution, breitete sich nach Nord- und Ostsyrien aus und ist heute Hoffnung und Bündnis für alle unterdrückten Völker und Glaubensrichtungen Syriens. Dieses Bündnis muss auf das palästinensische und libanesische Volk ausgeweitet werden. Der Kampf der Bourgeoisie für Gleichheit und Freiheit liegt 200 Jahre zurück. Heute liegt das Banner der Gleichheit und Freiheit in den Händen der unterdrückten Völker. Heute ist die Bourgeoisie der Inbegriff der Barbarei. Tatsächlich sehen wir in Gaza rein bürgerliche Haltung und Verhaltensweisen. Wenn Menschen auf der Welt immer noch

durch Hunger diszipliniert werden, ist das eine Folge des verfluchten Wesens des Kapitalismus.

Sowohl Israel als auch die Türkei streben eine regionale Vormachtstellung an, wodurch Reibungspunkte entstehen können. Diese sind jedoch nicht ideologischer Natur. Der türkische Staat nutzt seine ideologische Position gegenüber Israel als Mittel zur gesellschaftlichen Mobilisierung, nicht zur Kriegsführung. Erdoğan tritt öffentlich als Verfechter Palästinas auf, während türkische Häfen für Israel geöffnet bleiben und Gas aus Aserbaidschan über die Türkei nach Israel fließt.

Die Zypernfrage wird häufig diskutiert: Israel stärkt seine Beziehungen zu Griechenland und der griechisch-zypriotischen Verwaltung und strebt Dominanz im Mittelmeer an. Die Türkei versucht, über Nordzypern Einfluss auf die Mittelmeer-Transitwege und Nordafrika zu erlangen. Dies kann mittelfristig zu einem Konflikt um die Hegemonie im Mittelmeer führen, ist aber kein unmittelbar bevorstehender Krieg.

Das zionistische Israel verübt Massaker und Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen, ähnlich wie der türkische

Staat in anderen Regionen vorgeht. Halten Sie, als kurdische Kommunist:innen, die bisherigen Reaktionen auf diese Gräueltaten für ausreichend?

Natürlich nicht. Wir haben sowohl in Bakur als auch in Rojava daran gearbeitet, das Thema öffentlich zu machen, doch das allein reicht nicht aus. In Rojava gibt es besonders gegen die Hamas eine deutliche Abwehrhaltung. Die Unterstützung der Hamas für die Besatzung Afrîns ist tief im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung verankert. Unsere ideologische Haltung gegenüber der Hamas ist ebenfalls bekannt. Gleichzeitig haben wir die Al-Aqsa-Flut unterstützt, an dem palästinensische Revolutionär:innen gegen die israelische Besatzung teilnahmen. Wir betrachten diese Aktionen als legitimen Widerstand gegen die Besatzung.

Andererseits haben sich die Beziehungen zwischen palästinensischen Revolutionsorganisationen und dem kurdischen Volk im Laufe der Jahre deutlich verschlechtert. Leila Khaled hat zwar einen besonderen Platz im Herzen unseres Volkes, doch besteht leider keine enge Beziehung. Auch die Haltung der PKK in dieser Zeit hat unser Volk beeinflusst. Unter diesen Umständen

hätten wir selbstverständlich ein fortgeschritteneres Vorgehen an den Tag legen können. Wir üben Selbstkritik für unser schwaches Verhalten vor den Augen unseres Volkes. Als revolutionäre Subjekte im Mittleren Osten sehen wir die Notwendigkeit, eine einheitliche revolutionäre Führung aufzubauen, uneingeschränkt. Wir müssen Beziehungen entwickeln, die diesem Ziel dienen.

Die Stellungnahme Ihrer Partei zum 12. Kongress der PKK hat erhebliche Diskussionen ausgelöst. Sie wurde so interpretiert, als hätten Sie sich von allen Bündnissen mit der PKK distanziert. Was möchten Sie als sozialistische Patriot:innen zu diesen provokanten Äußerungen und Einschätzungen sagen? Haben Sie, wie behauptet, alle Verbindungen zur nationalen Bewegung abgebrochen und jede Grundlage für ein Bündnis beseitigt?

In diesem Zeitraum veröffentlichte unsere Partei zwei wichtige Stellungnahmen zu diesem Thema, eine vom 2. März 2025 und die andere vom 22. Mai 2025. Ich möchte nochmals betonen, dass die PKK einen Kampf mit großer Opferbereitschaft und Heldenmut führt. Ich möchte unseren Genossen Nurettin Sofi und Koçero Urfa,

deren Märtyrertod kürzlich bekannt gegeben wurde, in ehrender Weise gedenken. Wie bereits in den Stellungnahmen unserer Kurdistan-Organisation und des Zentralkomitees der Partei dargelegt, sind die Beiträge von Genosse Nurettin Sofi zu unserer Präsenz in Rojava von großer Bedeutung. Wir werden dies niemals vergessen.

In Kriegszeiten gibt es immer wieder Waffenstillstände und vorübergehende Friedensphasen. Nach dem Ersten Weltkrieg unterzeichnete Lenin den Vertrag von Brest-Litowsk, der äußerst harte Bedingungen enthielt. Sozialistische Revolutionär:innen beschuldigten Lenin, ein deutscher Spion zu sein, doch die Unterzeichnung war aufgrund der kriegsmüden Bevölkerung unvermeidlich.

Taktische und strategische Manöver, die sich aus der Analyse konkreter Bedingungen ergeben, sind zentral für revolutionären Kampf und Politik. Es ist jedoch etwas anderes, Taktik und Strategie auf eine theoretische Ebene zu heben oder sie als programmatischen Rahmen zu behandeln. Erfahrungen zeigen, dass die „friedliche Koexistenz“ mit dem Kapitalismus in der UdSSR eine Phase des Rückschritts im Sozialismus darstellte, verbunden

mit Bürokratisierung, Klassendifferenzierung und kapitalistischer Entwicklung.

Anders ausgedrückt: Wir kritisieren die Definition des bewaffneten Kampfes und zerstörerischer revolutionärer Kämpfe als Relikt der Vergangenheit sowie die Aktualisierung der Theorie der „friedlichen Koexistenz“ im Kontext antagonistischer Widersprüche wie Klasse und Geschlecht und der ungelösten nationalen Frage, die nach der vollen Gleichberechtigung verlangt.

Man bedenke, dass antifaschistische und revolutionäre Parteien und Organisationen, die 1990-91 denselben Weg beschritten, keinen nennenswerten Kampf führen konnten; sie hatten keinen Einfluss auf die Klassen-, National- und Geschlechterkämpfe. Der Kampf ist so intensiv, dass keine Organisation, die diese Intensität nicht erreicht, wirklich politisch präsent sein kann. Dies gilt für unsere Region, aber ist es weltweit anders? Nein. Die Situation ist überall dieselbe. Angesichts der existenziellen Krise des Kapitalismus bleibt Staaten kein Raum mehr für Transformationen auf der Grundlage demokratischer Reformen. Die PKK verfügt natürlich über umfangrei-

che Kampferfahrung und einen hohen Organisationsgrad. Dieses Niveau wurde jedoch durch Guerrillakriegsführung erreicht und es kann nur durch sie aufrechterhalten werden.

Diese Punkte stellen also einen Aspekt der Stellungnahmen und der Haltung unserer Partei vom 2. März und 22. Mai dar. Beide Stellungnahmen beschreiben aber auch unser Verhältnis zu den Strukturen und Plattformen, auf denen die PKK sich auf neue Weise äußern wird. Dort werden wir Seite an Seite für die kollektiven Rechte der kurdischen Nation, für Demokratie und Freiheit kämpfen und unsere Genossenschaft im Kampf bekräftigen, wie wir es zuvor getan haben. Dies ist ganz klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Entgegen mancher Behauptungen haben wir uns also keineswegs getrennt.

Dort wird auch die Notwendigkeit betont, einen würdevollen Frieden zu etablieren, den Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten auszuweiten und ein aktiver Akteur statt eines passiven Beobachters des Prozesses zu sein. Unsere Parteikräfte in der Türkei und in Kurdistan werden aufgerufen, ihren Pflichten nachzukommen. In

ihren Erklärungen in diesem Zeitraum hat unsere Kurdistan-Organisation die Verteidigung der Rojava-Revolution um jeden Preis und eine gerechte, würdevolle und demokratische Friedenspolitik in Nordkurdistan gefordert. Wir sind im Rahmen unserer praktischen Möglichkeiten Teil des Prozesses und sehen uns auch der Rojava-Revolution und dem Kampf um den Schutz aller in Nordkurdistan errungenen Rechte gegenüber verantwortlich. An unserer Position hat sich nichts geändert. Offen gesagt können wir unsere Freunde, die unsere Kritik als Scheideweg betrachten, nur kritisieren. Aber wir sind uns auch bewusst, dass der faschistische türkische Kolonialstaat und die Imperialisten große Anstrengungen unternommen haben, damit dies so geschieht.

Ich möchte Ihnen eine Anekdote über diejenigen erzählen, die sich von uns abgewandt und uns verraten haben. Der Geheimdienst (MIT), die Gendarmerie und die Polizei versuchen, ihnen einzureden, es gäbe Probleme zwischen der MLKP und der PKK. Wir wissen, dass sie das unbedingt wollen. Doch wir möchten noch einmal betonen, dass unsere Position klar ist: Wir sind die Nachfolger einer

Tradition, die revolutionäre Werte emporhebt. Wir werden bis zum Äußersten kämpfen, selbst für die kleinste Chance, die unserem Volk in irgendeiner Weise zugutekommt. Natürlich wissen wir, dass wir mit der apoistischen Bewegung noch einen langen Weg vor uns haben. Unsere Kritik wird anhalten. Genauso wie die PKK oder die apoistische Bewegung das Recht zu kritisieren haben, haben auch wir das Recht dazu. Darüber hinaus betrachten wir dies als eine Frage revolutionärer Ernsthaftigkeit und Verantwortung. Wir nehmen Kritik an uns selbstverständlich wahr. Wir erwarten jedoch, dass sich die Kritik an der konkreten Realität der Situation orientiert.

Was möchten Sie abschließend noch hinzufügen?

Ich möchte sagen, dass Angriffe auf unsere Revolution in Rojava bevorstehen. Ich rufe alle Arbeiter:innen, Werktätigen, unterdrückten Völker und Frauen weltweit dazu auf, sich mit der Revolution in Rojava solidarisch zu zeigen und sich um Rojava zu vereinen. Natürlich möchte ich gleichzeitig meinen Aufruf zur Solidarität und zum gemeinsamen

Kampf mit dem palästinensische Volk machen.

Abschließend möchte ich nochmals betonen, dass Ideologie die stärkste Waffe ist. Im Kampf gegen Kolonialismus, Kapitalismus und für die Befreiung der Geschlechter nimmt die ideologische Bildung eine strategische Stellung ein. Dies ist die Hauptaufgabe unserer Zeit. Ich möchte außerdem hervorheben, dass es der ideologisch gebildete, politisierte und organisierte Mensch ist, der die technische und technologische Überlegenheit des Feindes überwinden wird. In Zeiten, in denen ideologische Positionen verschwimmen, postmoderne Ideen an Popularität gewinnen und liquidatorische Gedanken vorherrschen, ist ideologische Entschlossenheit von entscheidender Bedeutung.

Ich gedenke mit großer Liebe und Sehnsucht all meiner Genossinnen und Genossen, die im revolutionären Kampf als Märtyrer gefallen sind, insbesondere der führenden Kader unserer Kurdistan-Organisation, Bayram Namaz und Zeki Gürbüz und ich möchte betonen, dass wir in ihre Fußstapfen treten.